

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13603. — **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4506

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorkauf 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelleile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

B Verschärfung des Orientkonflikts.

Griechenland beharrt auf der Offensive. — Kriegsrüstungen und Staatsstreichpläne Kemals.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Lage im nahen Orient hat sich in den letzten Tagen sehr verschärft. Von allen Seiten her treffen Meldungen ein, die zeigen, daß die kriegerischen Ereignisse in Anatolien kaum noch aufgehoben sind, die aber gleichzeitig beweisen, daß die Zusammenhänge dieser Ereignisse sich nicht nur auf Anatolien konzentrieren, sondern in größeren, weltpolitischen Problemen liegen. Der Korrespondent der Berliner Montagspost meldet aus Athen: Die griechische Regierung hat auf den Schritt der alliierten Regierungen geantwortet, daß sie sehr dankbar für das freundschaftliche Angebot sei, daß aber die Lage gebiete, daß sie sich bei ihrer Entscheidung nur von militärischen Rücksichten leiten lassen könne. Dieser Entschluß sei eine Folge des Weltkonflikts. Die Lage im nahen Osten sei ein Ergebnis der Anwendung der Sanktionen, die im Vertrage von Sedres enthalten sind. Griechenland habe nicht nur gegen sich selbst Verpflichtungen, sondern es habe auch die Mission übernommen, die gemeinsamen Entschlüsse der Alliierten der Türkei aufzuzwingen. Jede Verschleppung der Operationen werde die Lage zum Schaden Griechenlands verändern und werde den Widerstand des Gegners nur verstärken. Die griechische Regierung werde aber stets bereit sein, ihre großen Alliierten, in welcher Phase der Operation es auch immer sei, anzuhören, unter der Bedingung, daß sie von der Türkei konkrete Vorschläge für die Verwirklichung der ihr aus dem Vertrag erwachsenden Rechte erhalten werde.

Aus Paris wird zu der gleichen Frage gemeldet: Nach Meldungen aus Angora plant Mustafa Kemal einen Staatsstreich, um in Konstantinopel eine Regierung zu bilden, die dann sofort eine Offensive gegen Griechenland aufnehmen soll. Mustafa Kemal erhält Unterstützung und militärische Nachschüsse von den Bolschewisten und den Italienern. Die Italiener liefern ihm 2000 einseitige Maschinengewehre. Auch treffen russische Truppenverstärkungen über den Kaukasus ein. Die Regierung von Angora hat Ismed Pascha zum Generalissimus der kemalistischen Truppen in Kleinasien ernannt. Mustafa Kemal Pascha hat die Mobilisierung von drei weiteren Jahrgängen angeordnet.

(Die Meldung, daß Italien Kemal mit Munition unterstütze, wurde von der sinnlosesten Telegraphen-Union, die offenbar an der Verschärfung des Gegenjahres zwischen den Orientinteressen Englands einerseits und Italiens und Frankreichs andererseits ihre helle Freude hat, aus Paris ohne Quellenangabe verbreitet und ist deshalb mit größter Vorsicht zu genießen. Es ist sehr fraglich, ob Italien so weit gehen will, im Orient offen gegen England aufzutreten und der Welt das liebliche Schauspiel darzubieten, daß englische und italienische Geschütze gegeneinander aufgeföhren werden. D. Red.)

Gunaris in Smyrna, Tschitscherin in Angora.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der griechische Außenminister Gunaris, der in einer Volksversammlung erklärte, die anatolische Frage werde nur durch die griechischen Bataillone entschieden werden, hat sich sofort nach Smyrna begeben. Man sieht darin einen Beweis dafür, daß die griechische Offensive nicht mehr verschoben werden kann. Der griechische Generalstab hofft, mit der Offensive etwaigen russischen und persischen Verstärkungen für die Kemalisten zuvorzukommen. Der russische Volkskommissar Tschitscherin wird in den nächsten Tagen in Angora erwartet. Er wird dort mit den persischen Delegierten zusammentreffen, um gemeinsam mit der Regierung von Angora über Bündnisfragen zu beraten.

Kemal, 25. Juni. (DA.) Nach einer Meldung der Jowestija hat sich Tschitscherin zu Verhandlungen mit der Regierung Mustafa Kemal Paschas nach Angora begeben. Die nationaltürkischen Truppen können einen neuen Erfolg verzeichnen: Sie haben die Stadt Tschiviril, 50 Kilometer südöstlich Utschal, genommen.

Verhandlungsbereitschaft Angoras.

Paris, 25. Juni. Havas meldet aus Angora: Die kemalistische Regierung hat Telegramme von Belir Samir Bei erhalten, daß die großen alliierten Mächte sich mit der Absicht tragen, den griechisch-türkischen Konflikt auf dem Vermittlungsweg zu regeln. Die Nationalversammlung ist unverzüglich einberufen worden. Im Verlaufe der Besprechung der augenblicklichen Lage erklärte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, daß gewisse Anzeichen darauf hinweisen, daß die Griechen geneigt seien, sich mit einer freundschaftlichen Lösung der anatolischen Frage einverstanden zu erklären. Der Minister bemerkte dazu, für den Fall, daß die hellenische Regierung offiziell freundschaftliche Absichten zu erkennen gebe, dürfe man zur Zeit nicht achtlos daran vorbeiziehen. Angesichts der Tatsache jedoch, daß die erste kemalistische Abordnung in London keinerlei Verpflichtungen in bezug auf Smyrna und Thrazien übernommen hat, sei es ganz ausgeschlossen, eine Lösung anzunehmen, welche die Unerschütterlichkeit der Türkei in nationaler Hinsicht nicht durchaus sicherstellt. Der Redner erklärte zum Schluß, daß der Schritt der Verbändsmächte ganz ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen könne, aber nur unter der Bedingung, daß bei den Verhandlungen der Geist wahrer Veröhnlichkeit walte.

Da die griechische Regierung an dem Vertrag von Sedres, der ihr Smyrna und Thrazien zuspricht, festhält und sich durch die Vermittlungsaktion der alliierten Großmächte von ihrer geplanten Offensive nicht abbringen läßt, hat die Verhandlungsbereitschaft der kemalistischen Regierung auf der Grundlage der nationalen Unverletzlichkeit der Türkei nur platonischen Wert und

wird den Gang der Ereignisse, die zum kriegerischen Austrag des Konflikts drängen, nicht mehr aufhalten.

Persiens Beitritt zur asiatischen Entente.

Berlin, 27. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Temps meldet aus Teheran: Der Schah von Persien hat das Parlament in Gegenwart großer persischer Würdenträger feierlich eröffnet. Er hat dabei mitgeteilt, daß der Vertrag mit England gekündigt sei und hat gleichzeitig von der Unterzeichnung eines Vertrages mit Afghanistan und Sowjetrußland Mitteilung gemacht.

Ein nationalistisches Attentat in Damaskus.

Paris, 24. Juni. Nach einer Havas-Meldung aus Damaskus gab ein bewaffneter Reiter in der Nähe von Damaskus eine Anzahl Schüsse auf zwei Automobile ab, in denen sich General Gouraud befand. Verletzt wurde niemand. Das zweite Automobil erwiderte das Feuer, worauf die Angreifer flohen. Man glaubt, daß die Reiter aus dem Gebiet jenseits des Jordans stammen, wo unter den Anhängern des Emir Abdulla große Erregung gegen die Franzosen herrschen soll.

Paris, 25. Juni. Wie Temps mitteilt, ist bei dem Attentat auf General Gouraud in Damaskus der französische Dolmetscher Brantet, der neben dem General saß, tödlich verwundet worden. Außerdem wurde ein eingeborener Würdenträger verwundet.

Vor der Einberufung des Obersten Rates.

London, 25. Juni. (DA.) Reuter meldet, daß England auf der schnellen Einberufung des Obersten Rates beharre, die für Anfang Juli in Aussicht genommen sei. Die Voraussetzung sei, daß bis dahin die Wiederherstellung der Autorität der Internationalen Kommission in Oberschlesien durchgeführt ist.

London, 25. Juni. Wie Reuter erklärt, hat Briand mitgeteilt, daß mit Rücksicht auf verschiedene ihm obliegende Verpflichtungen die nächste Tagung des Obersten Rates nicht vor dem 10. Juli stattfinden kann. Obwohl der genaue Zeitpunkt noch nicht festgelegt ist, wird die Tagung wahrscheinlich in der zweiten Juliwöche in Boulogne stattfinden.

Paris, 24. Juni. Wie Le Matin mitteilt, hat Briand im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten gestern erklärt, die nächste Sitzung des Obersten Rates finde in Paris statt.

Paris, 25. Juni. Der englische Reichsminister Lord Hardinge hat vorgestern abend nach dem Echo de Paris der französischen Regierung eine Note überreicht, in der gefragt wird, ob die französische Regierung baldigst zu einer Konferenz der alliierten Finanzminister bereit sei.

Der Streik der englischen Bergarbeiter.

Neue gemeinsame Besprechungen.

London, 25. Juni. Der Times zufolge steht das Ende des 13wöchigen Kohlenarbeiterstreiks unmittelbar bevor. Der Vorschlagsausschuß der Bergarbeiter hat die geplante Zusammenkunft mit den anderen Arbeiterverbänden zur Beratung einer gemeinsamen Aktion abgefragt und plant eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung. Eine solche Zusammenkunft findet voraussichtlich heute oder morgen statt.

London, 25. Juni. Lloyd George lud die Vertreter der Bergwerksbesitzer und der Bergleute auf Montag zu einer gemeinsamen Besprechung ein.

Finanzielle Hilfe aus Holland.

Amsterdam, 27. Juni. In ihrer Freitagssitzung beschloß die Verwaltung des Nationalen Arbeitersekretariats, sofort die angeschlossenen Organisationen aufzufordern, Beiträge zur Unterstützung der streikenden Bergarbeiter in England zur Verfügung zu stellen. Die Föderation der Metallarbeiter hat bereits einen Beitrag geleistet.

Ein Versuch zu einer britisch-irischen Verständigung.

London, 25. Juni. (Reuter.) Lloyd George hat an den Präsidenten der irischen Republik De Valera ein Schreiben gerichtet, in dem De Valera und seine Parteigenossen unter Gewährung freien Geleits eingeladen werden nach London zu kommen, um dort mit dem Premierminister von Nordirland, Sir James Craig, jede Möglichkeit einer Lösung der irischen Frage zu prüfen. Das Schreiben sei von dem heißen Wunsch befeuert, den verderblichen Streit zu beenden, der jahrhundertelang die Beziehungen zwischen den beiden Ländern England und Irland verbittert, die in nachbarschaftlicher Harmonie leben sollten, und deren Zusammenarbeiten so bedeutungsvoll sein würde nicht nur für das britische Reich, sondern auch für die gesamte Menschheit.

Semenow an der Spitze des Fernen Ostens?

Tokio, 25. Juni. (DA.) Wie die Blätter melden, hat die neue prorussische Regierung in Wladiwostok mit dem Heiman Semenov ein Abkommen dahingehend getroffen, daß eine Zentralregierung des russischen Fernen Ostens gebildet werde, an deren Spitze Semenov tritt.

Zwei Jahre Mord.

W. Oe. Der politische Mord und in noch höherem Maße seine Sühne sind bis zu einem gewissen Grade Kennzeichen des politischen Charakters einer Zeit. Beide sind, da sie mehr als reine Relationen und Betrachtungen unerwischbare Momentbilder des politischen Lebens geben, stets geeignet, zur Kontrolle über die Behauptungen in dem parteipolitischen Kampfe aufgestellt zu werden. Wäre es richtig, daß die Revolution, der Aufstieg der Arbeiterklasse, gleichbedeutend wäre mit einem moralischen Niedergang des Volkes, so müßte eine gewaltige Zahl politischer Verbrechen und Morde durch Proletarier und Proletarierführer einer verschwindenden Zahl von gleichen Vergehen auf Seiten der Reaktionäre und ehemaligen Nachschaber gegenüberstehen. Wäre es richtig, daß es schon gelungen wäre, auch nur einigermaßen die Klassenjustiz der bürgerlichen Gerichtsbarkeit zu beseitigen, so müßten Urteile vorliegen über die Beweise, daß der adlige Mörder, der reaktionäre Verbrecher nicht anders bestraft wird als der proletarische.

In der ganzen deutschen Arbeiterschaft, ja in der Arbeiterschaft der Welt steht das Urteil in diesen Fragen unerschütterlich fest. Unwandel und allzu groß sind die Beispiele, als daß man nötig hätte, sie noch an den Fingern herzuzählen. Wir alle leben ständig unter dem Druck dieser immer wieder aufs tiefste empfindenden, jeder Menschenswürde, jeder Wahrheit und Gerechtigkeit hohnsprechenden sogenannten Rechtsprechung der bürgerlichen Gerichte. Und doch, die ganze Größe dieser Schmach, die man nach berühmten Mustern, die Schmach der schworren Talsare und Barcke nennen möchte, erkennt man erst, wenn man eine Zusammenstellung all dieser Ungeheuerlichkeiten sieht, wenn Ziffer neben Ziffer, Zahl neben Zahl zu uns redet. Es war ein großes Verdienst, das der Verlag Neues Vaterland sich erworben hat (Berlin W. 62), als er durch den Pazifisten E. J. Gumbel das gesamte Material über diese Fragen sammeln ließ und nunmehr in einer Broschüre der Öffentlichkeit unterbreitet.

Es wird Sache jedes Klassenbewußten Arbeiters sein müssen, sich an Hand dieses Heftchens noch einmal all die Ungeheuerlichkeiten ins Gedächtnis zu rufen, die die Reaktionäre im festen Vertrauen auf ihre Immunität vor der bürgerlichen Klassenjustiz gegen das Proletariat und seine Führer verübt haben.

Hier soll in breiter Öffentlichkeit nur einmal das reine Zahlenbild entrollt werden, um der bürgerlichen Presse Gelegenheit zu geben, sich zu der stummen Anklage dieser erschütternden Zahlen zu äußern. Ein juristischer Ueberblick über den Ausgang des Kapp-Putsch und der Bayerischen Räteregierung, den der Verfasser in Form einer Tabelle liefert, gibt folgendes Resultat: von den 21 führenden Persönlichkeiten und den 775 Offizieren, die direkt am Kapp-Putsch beteiligt waren, muß als Gesamtstrafe die Ziffer Null gemeldet werden. Von den etwa 50 namentlich aufgeführten Teilnehmern der Bayerischen Räteregierung werden als Gesamtstrafe 146 Jahre und 4 Monate Gefängnis, Zuchthaus oder Festungshaft gemeldet. Von den militärischen Stellen der Kappregierung, unter denen sich die Namen v. Wittwig, v. Trotha, v. Dassel, Bauer, Ehrhardt, Pabst, Köhler, Kulow, Kessel u. a. befinden, ist kein einziger mit einer Freiheits- oder Geldstrafe belegt worden. Die Gesamtstrafe ist auch hier gleich Null. Die Anhänger der Räteregierung aber in der Provinz verzeichnen eine Gesamtstrafe von 205 Jahren Zuchthaus, Gefängnis und Festung. Von den Anhängern der Kappregierung in der Provinz, unter denen sich Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Landräte, eine Fülle von Offizieren befinden, ist kein einziger mit Freiheitsstrafen belegt worden. Die Gesamtstrafe ist auch hier gleich Null. Die Anhänger der Räteregierung aber in der Provinz verzeichnen eine Gesamtstrafe von 168 Jahren und 5 Monaten Gefängnis und Zuchthaus. Dazu kommt noch die Zahl der militärisch oder standrechtlich von den Regierungstruppen bei der Einnahme von München erschossenen Gefangenen, die nicht weniger als 505 beträgt.

In einer weiteren Tabelle hat Gumbel all die von rechts begangenen Morde und ihre Sühne zusammengestellt. Ein Vergleich dieser Tabelle über die von der Linken begangenen politischen Morde kennzeichnet wie nichts wieder auf der ganzen Welt den wahren Geist, der heute in der deutschen Republik herrscht. Vom 11. Februar 1919 bis zum 30. März 1921 verzeichnet diese Tabelle 314 von der Rechten begangene politische Morde. Dem stehen 13 Mordtaten der Linken gegenüber. Es ist bezeichnend für die Methoden des politischen Mordes, mit denen die Rechte arbeitet, daß unter diesen 314 Ermordeten sich allein 30 Erschießungen „auf der Flucht“ befinden. Darunter die Namen von Karl Liebknecht, Jogisches, Dorrenbach, Polke, Paul Hoffmann und Sglt. An militärischen Erschießungen sind außer den im März 1919 durch Marlot erschossenen Matrosen noch weitere 40 aufgeführt. Die übrigen sind gehängt oder ohne jede Anklage standrechtlich erschossen, zu